

20.03.2017: Auch sechs Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima stellen Atomanlagen weltweit weiterhin ein unkalkulierbares Risiko dar und die Situation in der japanischen Präfektur Fukushima ist nach wie vor katastrophal. Aus diesem Grund fanden am Jahrestag der Katastrophe am 11. März Anti-AKW-Aktionen an 90 Orten in Deutschland statt.

Eine davon fand am AKW Brokdorf statt, dass seit Jahren wegen unzähliger „Pannen“ in den Schlagzeilen ist – aktuell wegen „Auffälligkeiten an den Brennstäben“. Mit einer Blockade forderten Aktivist*innen von Robin Wood, Contratom und der BI Kiel gegen Atomanlagen anlässlich des Fukushima-Jahrestages die sofortige Stilllegung des AKW Brokdorf und aller Atomanlagen weltweit.

AKW Brokdorf blockiert
Über die Aktion in Brokdorf berichtet ein beteiligter Aktivist: „Menschen ketteten sich an selbstgebaute Atommüllfässer und Transparente wurden aufgehängt. Um Punkt 5 Uhr stand die Blockade an beiden Werkstoren. Erst einige Minuten später näherte sich das Sicherheitspersonal; mühelos hätten die Aktivist*innen auf das Gelände gelangen können. Hier wurden die erheblichen Sicherheitsmängel von Atomanlagen erneut deutlich. Die herbeigerufene Polizei zeigte sich zunächst aufgesetzt freundlich, ließ die Blockade gewähren und auch die Presse zeigte vor Ort Interesse an der Aktion. Und selbst die Kraftwerksleitung ließ sich vor dem Werkstor blicken.

Plötzlich ertönte die Sirene des Atomkraftwerks, die Werksfeuerwehr wurde gerufen und die Angestellten sammelten sich auf dem Gelände. Diese wurden anschließend von der Polizei in die rund zwei Kilometer entfernte Eissporthalle gebracht - angeblich "in Sicherheit".
Was war passiert? Der Funkkontakt zu einem Flugzeug vom Typ Boeing 787, die sich auf dem Weg von Ungarn über Deutschland nach London befand, war abgebrochen. Über dem deutschen Hoheitsgebiet übernahmen darauf hin Eurofighter die Begleitung – aus Angst vor einem Terrorangriff. Was aber hätte im Ernstfall geschehen können? Hätte ein solcher Angriff auf das AKW verhindert werden können?

Fragen über Fragen, die sich offensichtlich kaum jemand zuvor gestellt hatte. Als nun ein Teil der Belegschaft weggebracht worden war (der restliche Teil verblieb im Atomkraftwerk), rückten zusätzliche Einsatzkräfte der Polizei an. Urplötzlich wollte die Polizei um jeden Preis die Blockade auflösen, weil die Gefahr für alle beteiligten Personen angeblich zu groß gewesen sei. Ganz offensichtlich waren auch die Polizist*innen mit diesem Ernstfall völlig überfordert, da sie

Phoca PDF

anscheinend überhaupt nicht auf derartige Katastrophenszenarien vorbereitet sind. Sie wollten sich selbst in Sicherheit bringen, obwohl die Aktivistinnen und Aktivisten mehrmals zu verstehen gaben, dass es keinen wirklichen Unterschied macht, ob man sich während einer atomaren Katastrophe unmittelbar beim Atomkraftwerk oder einige Kilometer davon entfernt befindet. Die austretende Strahlung würde ganz Schleswig-Holstein und Teile Niedersachsens für eine unvorstellbare Zeit unbewohnbar machen. Bereits 2015 hatte Greenpeace Klage auf Stilllegung wegen fehlendem Terrorschutz im AKW Brokdorf gestellt.
Erfreulicherweise war der 'Alarm' am Ende 'nur' ein 'Fehlalarm' und der abgebrochene Funkkontakt hatte keinen terroristischen Hintergrund.“

Umweltminister sieht sich vom Betreiber des AKW Brokdorf unter Druck gesetzt
In den letzten Wochen war während der Revision des AKW Brokdorf herausgekommen, dass die Brennelemente außergewöhnlich starke Oxidschichten gebildet hatten. Daraufhin untersagte Schleswig-Holsteins Umweltminister Habeck (Grüne) als Zuständiger für die Atomaufsicht das Wiederanfahren des Kraftwerks mit neuen Brennelementen zum 21. März, wie dies der zum e.on-Konzern gehörende Betreiber PreussenElektra geplant hatte. „Nach der Betriebsgenehmigung ist eine neue Kernbeladung der Aufsichtsbehörde drei Monate vorher anzuzeigen", sagte Habeck. Die beabsichtigte Beladung zum geplanten Termin im März sei daher unzulässig. Auf die kurzfristige Ankündigung von PreussenElektra zum Wiederanfahren des AKW reagierte Habeck verärgert: "Insofern muss ich unterstellen, dass PreussenElektra tatsächlich den Konflikt an dieser Stelle sucht." Das Ministerium wirft dem Betreiber vor, die Ursache der starken Oxidationen noch immer nicht geklärt zu haben. „Eine Zustimmung der Atomaufsicht zum Wiederanfahren des Kernkraftwerks ist erst möglich, wenn ausgeschlossen ist, dass sich das Problem an anderen Brennstäben wiederholt“, so Habeck. "Wir lassen uns nicht treiben".

text gst / Bildquelle: Pay Numrich/feinfrisch.net

Phoca PDF